

Ausland

USA

Alle gegen TTIP

In einer Sache immerhin sind sich die Konkurrenten im bizarren Präsidentschaftswahlkampf einig: Keiner will das – in Europa umstrittene – Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP. Der Republikaner Donald Trump sieht die USA durch den freien Handel bedroht, und nun vollzieht auch die Demokratin Hillary Clinton eine

Kehrtwende in ihrer Handelspolitik. Über Jahre galt sie als Verfechterin internationaler Regelungen; die Transpazifische Partnerschaft TPP hat sie mitverhandelt. Jetzt aber heißt es aus ihrer Wahlkampfzentrale, Clinton werde sich auch nach einer möglichen Wahl zur Präsidentin nicht als Unterstützerin des Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union positionieren. Handelsabkommen hätten auch in den USA

einen schlechten Ruf. Die Öffnung der Märkte werde insbesondere in der für Clinton wichtigen Mittelschicht für Job- und Wohlstandsverluste verantwortlich gemacht. Die Kandidatin reagiert damit auch auf die enormen Erfolge, die ihre Rivalen Bernie Sanders und Donald Trump im Laufe der Vorwahlen mit ihrer Ablehnung von Handelsabkommen bei Wählern erzielt haben. gor

Venezuela

„Das Land ist eine Bombe“

Der Oppositionsführer **Henrique Capriles**, 43, über die Eskalation der Krise und die entscheidende Rolle des Militärs

SPIEGEL: Die Opposition hat genügend Unterschriften für ein Referendum über die Absetzung von Präsident Nicolás Maduro gesammelt. Glauben Sie, dass es noch 2016 zur Abstimmung kommt?

Capriles: Es gibt keinen legalen oder technischen Grund, warum das Referendum nicht noch 2016 stattfinden könnte. Volksentscheide sind in der Verfassung verankert, und diese Abstimmung wäre der einzige Ausweg aus der

Krise. Ein Putsch oder ein Aufstand wäre das Schlimmste, was geschehen könnte. Wir stehen vor der historischen Herausforderung, auf demokratischem Weg eine Regierung abzulösen, die nicht demokratisch ist.

SPIEGEL: Wenn das Referendum in diesem Jahr stattfindet, kommt es zu Neuwahlen. Wird erst im nächsten Jahr abgestimmt, übernimmt der Vizepräsident, und die Regierungspartei bleibt an der Macht. Maduro will das Referendum daher verzögern.

Capriles: Es ist offensichtlich, dass Maduro keine Neuwahlen will. Aber die Entwicklung in Venezuela hängt nicht nur vom Willen der Regierung ab. 70 Prozent der Venezolaner, so die letzte Umfra-

ge, wollen das Referendum, 80 Prozent wollen einen Wandel. Maduro wird nichts anderes übrig bleiben, als sich dem Referendum zu stellen.

SPIEGEL: Warum versuchen Sie nicht Gespräche mit dem Regierungslager?

Capriles: Mit der Regierungsspitze ist das unmöglich, sie redet ja nicht mal mit ihrer eigenen Basis. Wer anders denkt als sie, der landet im Gefängnis. Der Kern der Regierung besteht aus acht oder neun Leuten, die Venezuela ausgeplündert haben. In den vergangenen zwei Jahren hat sich die Krise zugespitzt, das Land ist zerstört, es liegt in Agonie.

SPIEGEL: Was ist dran an den Spekulationen über eine Intervention des Militärs?

Capriles: Wir wollen keinen Putsch, es geht um etwas anderes. Maduro hat per Dekret den Ausnahmezustand verordnet, das verstößt gegen die Verfassung. Seine Entscheidung wurde vom Parlament abgelehnt. Ich bin daher als Venezolaner nicht verpflichtet, ihr Folge zu leisten. Was wird Maduro machen, wenn die Leute nicht gehorchen? Er wird die Streitkräfte in den Kampf gegen das Volk schicken. Das Militär muss sich jetzt für die Verfassung entscheiden oder für Maduro. Das Land ist eine Bombe, die jeden Moment explodieren kann. In den kommenden Wochen wird sich die Versorgungslage noch verschlimmern, weil den Firmen die Lagerbestände ausgehen. jgl



Capriles

FERNANDO LLANO / AP / DPA

Besinnung

In einer Moschee im indonesischen Jakarta liest eine Gläubige im Koran, eine andere betet. Für die rund 1,6 Milliarden Muslime weltweit begann an diesem Montag der Fastenmonat Ramadan, eine Zeit der spirituellen Besinnung. In Tel Aviv aber töteten zwei Terroristen vier Israelis, die islamistische Hamas verkündete, dies sei nur eine erste „Überraschung“ zum Auftakt des Ramadan.

Fußnote

1100 Euro

pro Sekunde – so schnell wuchsen zuletzt Italiens Staatsschulden an. Inzwischen beträgt die Schuldenquote knapp 133 Prozent des Bruttoinlandsprodukts; noch desolater sind EU-weit nur Griechenlands Zahlen. Insgesamt belaufen sich die Außenstände Italiens auf rund 2 171 671 000 000 Euro. Das sind etwa 35 000 Euro pro Bürger. Auch unter Premier Matteo Renzi rutscht das Land immer tiefer in die roten Zahlen.



BEAWEHART / REUTERS

Kommentar

Die Bullys

Chinas Politikern steigt ihre Kraft zu Kopf.

„Die Starken und die Reichen“, sagte Chinas Präsident Xi Jinping kürzlich, „sollten die Schwachen und die Armen nicht tyrannisieren.“ Die Formulierung, die Xi gebrauchte, wird im Land derzeit viel diskutiert. Chinas Pädagogen benutzen auch gern den englischen Begriff „Bullying“ für das brutale Verhalten gegenüber Unterlegenen. An den Schulen nehmen die Probleme mit den „Bullys“, den starken Rabauken, überhand. Eltern, Lehrer und Juristen bemühen sich, es in den Griff zu kriegen.

In der Außenpolitik dagegen steigen die „Bullys“ zu einem neuen Leitbild auf. Als eine kanadische Journalistin vergangene Woche auf einer Pressekonferenz in Ottawa nach einem in China inhaftierten Landsmann fragte, fuhr Pekings Außenminister Wang Yi sie wütend an: „Ihre Frage ist voller Vorurteile gegen China und arrogant. Das ist völlig inakzeptabel. Waren Sie in China?“ Der kanadische Außenminister, an den die Frage eigentlich gerichtet war, stand schockiert daneben.

Genauso grob kommandieren Chinas Diplomaten inzwischen die kleineren Nachbarstaaten herum. Pekings umstrittene Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer stünden „nicht zur Debatte“, so belehrt die Regierung Länder wie Vietnam oder die Philippinen im Inselstreit. Manilas Eingabe gegen Peking vor dem Ständigen Schiedshof in Den Haag sei „sofort einzustellen“ – als wären die Philippinen eine chinesische Provinz, die nur auf einen Befehl der Chinesen wartet.

Stärke und Reichtum können helfen, Interessen durchzusetzen. Doch in der internationalen Politik sind sie mit Vorsicht einzusetzen. Gerade die Deutschen wissen das; ihnen wird immer wieder Arroganz vorgeworfen. Am Wochenende bricht Bundeskanzlerin Angela Merkel zu ihrem neunten Besuch nach China auf. Vielleicht erinnert sie Xi Jinping an die Erfahrungen der Deutschen. Oder an seine eigenen Worte.

Bernhard Zand